



Liebe Leserinnen und Leser,

auch diesmal wünschen wir Euch, erneut etwas verspätet, viel Spaß bei der Lektüre der meist eher unerfreulichen Umweltthemen. Es wäre übrigens schön, wenn wir uns am Samstag (17.03.) beim Kurzschluss für den sofortigen Atomausstieg in Göttingen sehen würden (s. Termine).

Die Redaktion

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Kooperation für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie

Der BBU kooperiert mit der „Initiative für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie“ und hat jetzt auch namentlich das Kampagneninfo (auch als gleichlautende Petition) "Unsere Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und Lebensmittel werden zunehmend mit Schadstoffen belastet" unterzeichnet. Die Initiative sucht weitere Initiativen und Verbände, die sich namentlich anschließen. Weitere Informationen gibt es hierzu im Internet unter <http://www.sofort-atomausstieg.de.vu>.

Udo Buchholz

2. Aus den Fachbereichen

Chemikalien

DIN-genormt: Chlorfrei ist nicht länger chlorfrei

Robin Wood weist in seinem Magazin darauf hin, dass Papier, das als chlorfrei ausgewiesen ist, in Zukunft durch den Einsatz von Chlordioxid und anderen chlorhaltigen Verbindungen Chlor enthalten darf.

Bis jetzt hatten Hersteller, die ihr Papier als chlorfrei gebleicht auszeichneten, mit Sauerstoff, Ozon oder Wasserperoxid gebleicht und damit in der Tat chlorfrei gearbeitet. „So sah es bisher auch das Deutsche Institut für Normung (DIN): „Zellstoffe und andere Halbstoffe, gebleicht ohne Verwendung von elementarem Chlor oder Chlorverbindungen“, stand in der DIN-Norm 6730. Doch mit dieser klaren Aussage ist es nun vorbei. Seit Mai 2006 gilt eine weitgehend unbemerkt überarbeitete DIN 6730 und darin wird definiert, dass - man mag es kaum glauben - nun auch Faserstoffe, die unter Verwendung chlorabspaltender Verbindungen gebleicht wurden, als „chlorfrei gebleicht“ bezeichnet werden dürfen. Um es noch einmal deutlich zu wiederholen: Hier wurde - ohne Rot zu werden – festgelegt, dass Papier, dessen Rohstoff mit chlorhaltigen Verbindungen gebleicht wurde, als »chlorfrei gebleicht“ vermarktet werden darf. Mit diesem wortverdrehenden Federstrich hat das DIN rund 80 Prozent aller Papiere auf dieser Welt zu chlorfreien Papieren erklärt. Tatsächlich sind aber nur etwa fünf Prozent wirklich chlorfrei gebleicht,..“, so im Artikel von Robin Wood 1/2007.

Susanne Bareiß-Gülzow

Energie

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wurde 30

Ende Februar wurde die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg 30 Jahre alt – ein stattliches Alter für eine Bürgerinitiative. Die BBU-Newsletter-Redaktion dankt dem langjährigen BBU-Mitglied an dieser Stelle für die unermüdliche Arbeit in und um Gorleben und wünscht für die Zukunft alles Gute!

Anlässlich der Geburtstagsfeierlichkeiten schrieb die Elbe-Jeetzel-Zeitung:

„(...) Am 22. Februar 1977 war Gorleben als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum benannt worden. Rund 300 Menschen waren vor dem Zwischenlager zusammengekommen, zu Spiel und Spaß, Suppe und Torte(n) und wenigen Reden. Felix Ruwe von der Bürgerinitiative aus Ahaus hatte einen langen Rosinenwecken mitgebracht, ein Backwerk, das im Münsterland junge Mütter überreicht bekommen, damit sie wieder zu Kräften kommen. »Auch ihr sollt weiterhin viel Kraft haben und auch Nachwuchs finden«, wünschte Ruwe. Wolfgang Ehmke, ehemaliger langjähriger Sprecher der wendländischen BI, widersprach denjenigen, die derzeit meinten, Atomkraft sei ein Beitrag zur Rettung des Weltklimas. »Wir dürfen nicht aufhören, vor der gefährlichen und umweltverseuchenden Atomenergie zu warnen, und müssen weiter aufpassen«, rief Ehmke. Die Atomkraftgegner müssten lernen, mehr Lobbypolitik zu machen, und die Parteien zwingen, Farbe zu bekennen, Rote und Grüne dürften noch nicht verloren gegeben werden. Das Wendland sei keineswegs die »dümmstbesiedelste Region«, für die Politiker sie vor 30 Jahren hielten, als

sie den Landstrich zum Atomklo der Republik machen wollten. Der immer noch lebendige Widerstand sei tatsächlich ein Grund zum Jubilieren - auch direkt vor dem Zwischenlager. (...).

Siehe auch: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/>

Besondere Ausgleichsregelung des Erneuerbare Energien Gesetzes entlastet stromintensive Unternehmen

Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden die Kosten für den Ausbau regenerativer Energien auf alle Stromverbraucher umgelegt. Um Nachteile, auch im internationalen Wettbewerb zu vermeiden, gelten für besonders stromintensive Unternehmen dabei nach der in § 16 EEG verankerten „Besonderen Ausgleichsregelung“ Sonderregelungen. Durch Bescheide des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA, Eschborn) erhalten die nach § 16 EEG Begünstigten das Recht, deutlich geringere EEG-Strommengen zu beziehen, als dies nach der bundesweiten Durchschnittsquote der Fall wäre. Diese Unternehmen können ihren Strombedarf entsprechend zu einem größeren Teil aus konventionellen, derzeit größtenteils noch billigeren Erzeugungsquellen decken. Hierdurch sinken ihre Strombezugskosten, Der im privilegierten Sektor nicht abgenommene EEG-Strom wird auf die Gesamtheit aller sonstigen Stromverbraucher überwältigt. Hierzu zählen private Haushalte, öffentliche Einrichtungen, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sowie auch alle übrigen, nicht von § 16 EEG erfassten industriellen Stromabnehmer. Seit Mitte 2004 hatte die „Besondere Ausgleichsregelung“ zwei so genannte Deckelregelungen enthalten, die die zusätzlichen Kosten der Regelung für die nicht privilegierten Stromabnehmer begrenzten. Dies hatte in den letzten beiden Jahren dazu geführt, dass die EEG-Differenzkosten der begünstigten Unternehmen deutlich über den im Gesetz als Richtgröße vorgegebenen Wert von 0,05 Cent/kWh gestiegen waren: 2005 hatten sie etwa 0,11 Cent/kWh betragen, in diesem Jahr bereits rd. 0,2 Cent/kWh. Vor diesem Hintergrund und angesichts der - nicht durch das EEG bedingten - drastischen Strompreissteigerungen der jüngsten Zeit hatte sich die neue Bundesregierung Ende 2005 in ihrer Koalitionsvereinbarung darauf geeinigt, die EEG-Differenzkosten der stromintensiven Industrie fest auf 0,05 Cent/kWh zu begrenzen und hierfür die o. g. Deckelregelungen zu streichen. Eine entsprechende Gesetzesänderung ist zum 1. Dezember 2006 in Kraft getreten.

(Auszug aus einem Artikel in der Zeitschrift „Umwelt“ des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Nr. 2/2007).

Solange stromintensive Unternehmen günstiger Strom beziehen können, werden diese an stromintensiven Technologien festhalten, anstatt neue Verfahren zu entwickeln. Man sollte mal nachforschen, wer diese verbilligten Strommengen bezieht. Nach dem oben genannten Artikel gibt es für dieses Jahr 382 begünstigte Unternehmen, davon 340 des produzierenden Gewebe und 42 der Schienenbahnen. Dabei handelt es sich um eine privilegierte Strommenge von 72040 GWh.

Susanne Bareiß-Gülzow

Gericht stoppt vorerst Abbaggerung der Lacomaer Teiche Naturschützer haben mit Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht Cottbus Erfolg

Das Verwaltungsgericht Cottbus hat heute entschieden, dass Vattenfall sein Vorhaben der Beseitigung der Lacomaer Teiche sowie des Hammergrabens einstweilen stoppen muss. Es wurde festgestellt, dass die Genehmigung des Landesamtes für Bergbau, Geologie und Rohstoffe zum gegenwärtigen Zeitpunkt voraussichtlich rechtswidrig ist, da diese mit den zwingenden Vorgaben für das Landschaftsschutzgebiet nicht zu vereinbaren ist. "Die Befürworter der unsinnigen Abbaggerung haben eine klare Niederlage erlitten. Wir gehen sehr optimistisch in das weitere Verfahren. In Lacoma soll eines der wertvollsten Schutzgebiete für eines der klimaschädlichsten Kraftwerke zerstört werden. Solche Projekte müssen bald der Vergangenheit angehören", sagt René Schuster von der GRÜNEN LIGA Brandenburg.

Das beklagte Landesbergamt wurde durch den Gerichtsbeschluss zur Durchführung eines ergänzenden Verfahrens verpflichtet, in dem über eine Ausgliederung der Teichgruppe aus dem Landschaftsschutzgebiet zu entscheiden ist. Diese Entscheidung war bisher rechtswidrig unterlassen worden, obwohl die Tagebauvorbereitung innerhalb des bestehenden Schutzgebietes erfolgen sollte.

Aus einer gemeinsame Pressemitteilung von BUND, NABU, ROBIN WOOD und GRÜNE LIGA vom 28.2.07. Ein Hintergrundpapier zur fehlenden Notwendigkeit des Vorhabens für das Allgemeinwohl ist als pdf-Datei auf der Internetseite www.lacoma.info abrufbar.

Windenergiebranche wuchs 2006 überraschend stark

Um 23,5 Prozent, hat hierzulande 2006 die neu installierte Leistung von Windkraftanlagen gegenüber dem Vorjahr zugenommen. 2.233 Megawatt Leistung wurden zwischen Sylt und Oberammergau installiert. Im überwiegenden Teil wurden neue Anlagen errichtet. Teilweise wurden aber auch schon alte Windräder aus den 90-iger Jahren ersetzt.

Harald Gülzow, siehe auch:

<http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/download.cgi?artikelnr=24465&pfad=/tp/r4/artikel/24/24465>

ISAR 2 wieder Weltmeister

Das mit EMAS ausgezeichnete Kernkraftwerk Isar 2 ist "zum achten Mal Weltmeister in der Stromproduktion" geworden, während sich gleich sechs weitere deutsche Kernkraftwerke - Brokdorf, Emsland, Grohnde, Neckar 2, Philippsburg 2 und Gundremmingen C – unter den Top Ten platzieren konnten. Der Anteil der Kernenergie an der gesamten Stromerzeugung liegt in Deutschland nun knapp über 26 Prozent

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist seit rot-grünen Regierungszeiten beschlossene Sache. Doch die Befürworter der umstrittenen Technologie werden nicht müde, mit schöner Regelmäßigkeit auf ihre unabweisbaren Vorteile hinzuweisen und eifrig dafür zu werben, die im Jahr 2000 getroffene Entscheidung noch einmal zu überdenken. Sie halten die Kernenergie für "wirtschaftlich, sozial und zukunftsfähig" und obendrein für einen unverzichtbaren Bestandteil im nationalen Energiemix. Gerade deshalb müssen wir dafür eintreten, dass sämtliches Greenwashing dieser überaus gefährlichen Technik unterbleibt.

Am 17. März werden sich Atomenergiegegner im Rahmen des „Kurzschlusses“ unseres Arbeitskreises Energie in Göttingen treffen und über mögliche Aktionen zur Beschleunigung der Stilllegung der Atomkraftwerke beraten.

Harald Gülzow, weitere Infos:

<http://www.heise.de/bin/tp/issue/r4/download.cgi?artikelnr=24691&pfad=/tp/r4/artikel/24/24691>
<http://www.kernenergie.net/r2/documentpool/de/Presse/Pressemitteilungen/DAtF/2006topten.pdf>
<http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/BBU-Kurzschlu%DF.pdf>

Gentechnik

Landwirtschaftlicher Widerstand

„Auf Neulinger Gemarkung wird kein gentechnisch verändertes Saatgut angebaut“, sagt Landwirt Mathias John. Er hat die „Initiative gentechnikfreie Flur Stromberg-Bauschlottler Platte“ ins Leben gerufen. Jetzt hat John die Ergebnisse einer Unterschriftenaktion vorgestellt, die auf eine breite Unterstützung hindeuten.“ So beginnt am 14.3.07 ein Beitrag der Pforzheimer Zeitung. Den ganzen Artikel findet man unter <http://www.pz-news.de/muehlacker/90301>.

Udo Buchholz

Klima

Klimawandel - Klimaschutz

titelt eine Veranstaltung unserer Mitgliedsinitiative „Wohnen und Umwelt“ Kölner Norden e.V.

Wir alle spüren es immer mehr: Der Klimawandel hat bereits begonnen. Die Schäden durch Unwetter und Umweltkatastrophen nehmen zu. Der Klimawandel wird zu einer Gefahr für die gesamte Menschheit, unsere Volkswirtschaften und auch unseren Wohlstand. Politik und Wirtschaft reden zwar über die Gefahren des Klimawandels, streiten aber um konkrete Maßnahmen. Wie kann die Menschheit dieser Herausforderung begegnen? Der erste Schritt ist der Umstieg auf „Grünen-Strom“.

Im Rahmen der Veranstaltung am Montag, den 2. April, 20 Uhr, im Pfarrheim Christ-König in Köln-Longerich wird Harald Gülzow, Vorstandsmitglied des BBU, in einer kurzen Zusammenfassung den aktuellen Strommarkt beleuchten und Tipps für die Umstellung auf Ökostrom geben.

Die Redaktion

Müll

„Wohnen und Umwelt“ Kölner Norden e.V. wurde 25 Jahre

Unsere Mitgliedsinitiative „Wohnen und Umwelt“ Kölner Norden e.V. hat aus Anlass ihres 25-jährigen Jubiläums am 5. Februar 2007 eine sehr gut besuchte Bürgerversammlung zu dem Thema „Wandelt sich der Kölner Norden zu seinem Nachteil?“ im Pfarrheim Christ-König in Köln-Longerich durchgeführt. Die gute Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern und deren Redebeiträge haben gezeigt, dass diese sich große Sorgen um den Zustand des Kölner Nordens, vor allem im Hinblick auf weitere zusätzliche Luftschadstoffe durch neue emittierende Anlagen und zusätzliche Verkehrsbelastungen machen.

Folgende Themen bestimmten die Informations- und Diskussionsveranstaltung:

- der bereits vorhandene und weiter zunehmende Mülltourismus in den Kölner Norden zu der Müllverbrennungsanlage (MVA) und den Sortieranlagen für Gewerbemüll und Bauschutt sowie zur Kompostierungsanlage;
- die Planung eines Containerbahnhofs der Kölner Hafengesellschaft (HGK) im Industriegebiet Kölner Norden;
- Errichtung eines Steinkohlekraftwerks in Köln-Niehl;
- Ansiedlung von IKEA im Gewerbegebiet Butzweilerhof;
- die Teilbebauung der Pferderennbahn;
- die geplante Verlegung des Frische- und Logistikzentrums in den Kölner Norden;

- die bereits hohe Vorbelastung durch Feinstaub, bedingt u. a. auch durch den hohen Schiffsverkehr in Rheinnähe;
- außerdem auch noch die Verbrennung von hochgefährlichem, australischem Sondermüll in den nahe gelegenen Sondermüllverbrennungsanlagen von Bayer Leverkusen und Bayer Dormagen, deren Emissionen für den Kölner Norden in gesundheitlicher Hinsicht ebenfalls eine Gefahr bedeuten.

Das Ergebnis der Diskussionen wurde in der folgenden Resolution an die Kommunalpolitik zusammengefasst:

„Die Entscheidung über neu geplante industrielle und / oder gewerbliche Anlagen, die die Luftqualität verschlechtern und / oder eine Zunahme des KFZ-Verkehrs nach sich ziehen werden, wird vom Ausgang einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung (die sich nicht allein auf eine neu geplante Anlage, sondern auf alle bereits vorhandenen Emittenten und neu hinzukommende Emittenten bezieht) sowie von einem umfassenden Gesamtverkehrskonzept für den gesamten Kölner Norden (Stadtbezirke Nippes und Chorweiler) abhängig gemacht. In der Umweltverträglichkeitsprüfung sind durch aktuelle Schadstoffmessungen die bereits vorhandenen Schadstoff-Vorbelastungen und die durch neue geplante Anlagen und zusätzlichen KFZ-Verkehr bedingten Schadstoff-Zusatzbelastungen zu ermitteln. Die daraus resultierenden Schadstoff-Gesamtbelastungen sind hinsichtlich ihrer gesundheitlichen und toxikologischen Auswirkungen zu bewerten.“ (Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Wir gratulieren zum Geburtstag!).

Harald Gülzow

Nanotechnologie

Feinstaubrisiko für Millionen: Toner aus Laserdruckern- neueste Ergebnisse der Tonerstudie - Hintergründe, Reaktionen und Konsequenzen

Die dramatischen gesundheitlichen Risiken von Feinstäuben rücken immer mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit. Am 1. März 2007 trat in Deutschland die Verordnung für Feinstaub-Plaketten in Kraft. Sie gilt jedoch nur für Kraftfahrzeuge. Dabei belasten die ungefilterten Emissionen von Laserdruckern millionenfach unmittelbar die Atemluft von Menschen und zwar mit gefährlichen Feinstäuben, ultrafeinen Stäuben und Nanopartikeln. Die lungengängigen Nanopartikel wurden sogar als Schwermetalle und VOC (flüchtige organische Verbindungen) identifiziert. Dies hat die von der ITG initiierte Tonerstudie ergeben, mit der erstmals Büroräume unter realen Bedingungen untersucht worden waren. Die Bürobeschäftigten leiden deutlich unter Reizungen der Atemwege, der Augen und der Haut. Beschränkungen für Laserdrucker gibt es jedoch noch nicht. Verbraucher und Nutzer erhalten zudem keine Informationen über die schädlichen Emissionen. Dabei ist das Problem vergleichsweise einfach lösbar, z.B. durch Filter. Die Grünen sehen erheblichen Handlungsbedarf.

Am 21.2.2007 wurden beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) im Rahmen der von der ITG initiierten „Tonerstudie“ die Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen an 69 Bürobeschäftigten vorgestellt. Die medizinischen Ergebnisse zeigen, dass die untersuchten Probanden ganz normale, psychisch unauffällige Bürger sind, die sehr selten rauchen, auf den ersten Blick seltener Allergiker sind und obwohl sie keine hohen Raten an Vorerkrankungen aufweisen, ganz eindeutig ein gesundheitliches Problem haben. Es wurde ein spezifisches Erkrankungsbild von Reizungen der Haut, der Augen und Atemwege aber auch von unspezifisch erscheinenden Symptomen wie Kopfschmerzen festgestellt. Dies entspricht dem Ergebnis schwedischer Forscher, die schon 1992 Freiwillige in einer Prüfkammer mit Laserdrucker und Kopierer getestet hatten, und es entspricht exakt den Erfahrungen der Tonergeschädigten. – Es gibt also eindeutig ein erhebliches gesundheitliches Problem und möglicherweise ist man sogar einer Ursache für das sog. Sick-Building-Syndrom auf der Spur, unter dem weltweit Menschen leiden und für das u. a. Stäube und VOC, wie sie durch Laserdrucker verstärkt emittiert werden, verantwortlich gemacht werden.

Ganz besonders die Erfahrungen der Beschäftigten an den Untersuchungsorten Gießen und Trier, wo die Mehrzahl der Beschäftigten auffällige gesundheitliche Probleme hatten, zeigt die Dimension des Problems. In Trier musste wegen der gebäudebezogenen Erkrankungen sogar das Polizeipräsidium evakuiert werden. Eine konkrete Ursache hatte man nicht gefunden. Von 32 im Vorfeld der Studie untersuchten Trierer Polizisten hatte jeder zweite toxisch veränderte Nasenschleimhäute. Immunologische Untersuchungen bei zwei Beamten zeigten Entzündungen und Sensibilisierungen gegenüber dem genutzten Toner an.

Die im Rahmen der Tonerstudie vor Ort durchgeführten medizinischen Untersuchungen waren noch unzureichend. Insbesondere die Kernfrage der Kausalität, also des direkten Nachweises zwischen Tonerkontakten und Schädigungen, war von vornherein ausgeklammert worden. Ein Prüfkammertest wie in Schweden, hätte sicher schnell Klarheit gebracht. Gleichwohl hat die Studie wertvolle Pionierarbeit geleistet und wichtige Erkenntnisse gebracht.

*Aus einer Mitteilung der Interessengemeinschaft Tonergeschädigter im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., siehe auch: www.krank-durch-toner.de
http://www.bfr.bund.de/cm/252/pilotstudie_toner_weitere_ergebnisse.pdf
http://www.bfr.bund.de/cm/252/pilotstudie_toner_erste_ergebnisse.pdf*

Umweltrecht

Brüssel will einheitliches Strafrecht für Umweltsünder

Hamburg (ots) - Die Strafen für Umweltsünder in vielen EU-Ländern sollen drastisch verschärft werden. Das geht aus einem der ZEIT vorliegenden Richtlinienentwurf zum "Umweltschutz durch Strafrecht" hervor. Die EU-Kommission will in der ersten Februarwoche über den Entwurf entscheiden.

Dem Papier zufolge soll etwa die illegale Entsorgung von Abfällen in allen Mitgliedsländern auf ähnliche Weise bestraft werden. Welche Umweltsünde mit wie viel Geld oder Freiheitsentzug sanktioniert wird, soll demnach nicht mehr vornehmlich Sache der einzelnen Mitgliedsländer sein. Bislang variiert das innerhalb der Union sehr stark, was gerade bei der illegalen Müllentsorgung insbesondere im Osten ausgenutzt wird. "Fünf bis zehn Jahre" soll dem Papier zufolge etwa derjenige ins Gefängnis, der vorsätzlich Luft, Boden oder Wasser so sehr verschmutzt, dass "Todesfall oder ernste Verletzungen bei einer Person" entstehen. Wer grob fahrlässig handelt, soll nach den Vorstellungen aus Brüssel immerhin noch für ein bis fünf Jahre in Haft genommen werden.

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, dass Unternehmen direkt bestraft werden sollen. Dieser Punkt gilt als besonders heikel, und so hält sich die Kommission mit konkreten Sanktionsforderungen sehr zurück. Geldstrafen bis zu 1,5 Millionen Euro seien denkbar, heißt es. Es ist der zweite Versuch eines Richtlinienentwurfs zu diesem Thema. Zwei Jahre dauert es erfahrungsgemäß, bis Parlament und Rat einen Entwurf endgültig verabschieden. Danach muss jede Richtlinie von den Mitgliedsstaaten erst einmal in nationales Recht umgesetzt werden.

Den kompletten ZEIT-Text der ZEIT Nr. 5 vom 25. Januar 2007 senden wir Ihnen gerne zu.

Die Redaktion, siehe auch: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=9377>

Wasser

Klimaänderung gefährdet Fischbestände und damit die Ernährung der Menschheit

Die Meere werden immer wärmer und saurer. Der wachsende Ausstoß der Treibhausgase verändert nicht nur die Erdatmosphäre, sondern belastet auch das Meerwasser. Knapp ein Drittel der Kohlendioxidfracht von rund 20 Milliarden Tonnen jährlich löst sich im Meerwasser und verändert dort die chemischen Verhältnisse. Das Wasser wird saurer, der pH-Wert sinkt. Die durch die Überfischung ohnehin gefährdeten Fischbestände werden stärker in Mitleidenschaft gezogen. Die Versauerung bedroht die Nahrungsketten im Meer, da sich die Lebensbedingungen für viele Planktonarten stark verschlechtern. Dies birgt unkalkulierbare Risiken für die Ernährung der Menschheit. Etwa 15 % des global konsumierten tierischen Eiweißes wird durch den Fischfang gewonnen.

Harald Gülzow; siehe auch: Sondergutachten 2006 „Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch, zu sauer“ vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung
Der Bericht ist nachzulesen auf der Seite http://www.wbgu.de/wbgu_sn2006.html

3. Lesenswertes

Die grünen Branchenbücher - Kompetenz in der Region

Seit vielen Jahren geben die grünen BRANCHENBÜCHER Orientierung im wachsenden Öko-Markt. und erscheinen alle zwei Jahre neu. Erhältlich sind die grünen Branchenbücher in vielen Naturkostläden, bei Verbraucherzentralen, Umweltberatungsstellen und im gut sortierten Buchhandel. Sollte das gewünschte Buch dort nicht erhältlich sein, kann es auch über das Internet bestellt werden:

http://www.die-gruene-suchmaschine.de/products/gb_aktuell.pl.

Jedes Branchenbuch enthält regionale AnbieterInnen umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen von a-z, zahlreiche Internettipps, einen informativen Ratgeberanteil sowie Anzeigen und Texte zur Darstellung der Vielfalt des ökologischen Angebots in der Region.

Udo Buchholz, nach Angaben der Herausgeber

BBU-Pressemitteilungen

Auch in den letzten vier Wochen hat der BBU wieder verschiedene Pressemitteilungen veröffentlicht. Zu finden sind sie im Internet unter <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>. BBU-Mitglieder können ihre Pressearbeit mit der BBU-Geschäftsstelle abstimmen und dann auch gemeinsame Pressemitteilungen mit dem BBU-Vorstand vereinbaren.

Udo Buchholz

4. Termine

Datum	Thema	Ort	Informationen
17.3.	5 Anti-Atomkraft-Demonstrationen in Frankreich	Lille, Lyon, Rennes, Toulouse und Strasbourg	www.STOP-EPR.de
17.3.	Koordinationsstreifen KURZSCHLUSS des BBU für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen	Göttingen	BBU; http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/BBU-Kurzschlu%DF.pdf
17.3.	11. Frankfurter Kolloquium Umwelt und Gesundheit	Frankfurt	http://www.dugi-ev.de/
22.3.	Weltwassertag	International	http://www.pressestreff.de/tab_events.asp?m=3&y=2007&eid=14
26.3.	Protestaktion vor der E.ON-Zentrale gegen die E.ON-Beteiligung an der deutschen Urananreicherungsanlage	Düsseldorf	Beginn: 12 Uhr. Informationen bei SOFA Münster (SOFA-MS@web.de) oder in der BBU-Geschäftsstelle.
20. – 27.3.	Veranstaltungsreise mit Vertretern von Ecodefense zu den Themen Urananreicherung / Urantransporte	Verschiedene Städte	Terminübersicht unter www.sofa-ms.de
28.3.	28. Jahrestag der Harrisburg-Reaktorkatastrophe		http://www.umweltlexikon-online.de/fp/archiv/RUBsonstiges/Harrisburg.php
April	Ostermärsche	International	http://www.friedenskooperative.de/om2007.htm

5. Filmtipp

Unser täglich Brot

UNSER TÄGLICH BROT ist eine filmische Meditation über die Welt der industriellen Nahrungsmittelproduktion. Zum Rhythmus von Fließbändern und riesigen Maschinen zeigt der Film Orte, an denen Nahrungsmittel produziert werden: Für Fahrzeuge optimierte, surreale Landschaften; sterile Räume in funktioneller, industrieller Architektur, für logistisch-effiziente Abläufe entwickelt. Eine kühle, industrielle Umgebung, die wenig Raum für Individualität lässt.

Indem Nikolaus Geyrhalter der Frage „Woher kommt unsere Nahrung?“ schonungslos nachgeht, stellt er gleichzeitig die Seinsfrage. Wo steht der Mensch in einer Welt, die sich in ganz elementaren Dingen selbstständig hat? Und er zeigt die industrielle Nahrungsmittelproduktion als Spiegelbild unseres Wertkanons: viel, einfach, schnell, wenige produzieren für uns alle (aus einer Internet-Information des Alamode Filmverleih). Weitere Informationen über den Film, dessen Kinostart am 18. Januar war, gibt es im Internet unter <http://www.alamodefilm.de/alamode/docs/externlink/unsertaeglichbrot/index.html>.

Nach einer Information von Alamode Film

6. Impressum

BBU-Newsletter Nr. 02/07, Hrsg: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn. Redaktion: Susanne Bareiß-Gülzow, Udo Buchholz. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 20.03.2007. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. E-Mail-Adresse der Redaktion: bbu-newsletter@bbu-bonn.de